

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Freitag
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennig, die Rückseite 8 Goldpfen-
enthalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückerstattung. | zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge: Anzeigen mit keine Gewähr

Nr. 193.

Altensteig, Freitag den 14. Dezember.

Jahrgang 1923

Auch im neuen Jahr

Liefern wir unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ auf Wunsch unserer Leser im Laich gegen Naturalien und zwar nach Wahl

im Vierteljahr:

gegen Lieferung von

24 Pfund Weizen
oder 30 „ Dinkel (Reinen)
30 „ Roggen
36 „ Haber
3 „ Butter
30 Stück Eier.

Bestellungen auf unsere Zeitung für das erste Vierteljahr bitten wir in lauslicher Weise zu machen, damit in der Zustellung unserer Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung
„Aus den Tannen.“

Bestellungen unserer Zeitung gegen Naturalien sind direkt bei der Geschäftsstelle oder bei den Agenten unserer Zeitung zu machen.

Steuern, Preise, Börse.

Bis zum 18. Dezember ist eine Zahlung auf die Umsatzsteuer fällig. Die Zahlung kann in der Weise erfolgen, daß bis zu dem genannten Termin die für die Umsätze des November geleistete Vorauszahlung wiederholt wird; oder aber, wenn dies nicht geschieht, so ist bis zum 18. Dezember eine neue Steuerdeklaration auf Gold notwendig, allerdings nur für diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Buchführung bereits auf Goldmark umgestellt haben. Diese letzteren Personen mit wertbeständiger Buchführung haben also ihren Novemberumsatz auf Gold umzurechnen und diesen Betrag noch einmal an die Steuerkasse abzuführen. Bekannt ist bereits, daß am 15. Dezember noch einmal eine Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer fällig ist und daß der Termin der Rhein-Antragsgabe vom 5. 1. 24 auf den 18. 12. 23 vorgeschoben worden ist. Im Laufe des Dezember werden demnach die Steuerpflichtigen noch einen ansehnlichen Betrag an Steuern zu entrichten haben. Das Gewerbe versucht deshalb jetzt schon, die Beträge für die fälligen Steuern bereitzustellen.

Deshalb sehen wir auch auf den Warenmärkten ein größeres Angebot. Und neben der Befestigung des Marktes wirkt der Zwang, Gelder zur Verfügung zu haben für die fälligen Steuern, zum Verkauf von Waren. So ist es auch verständlich, wenn die Preise fallen, und wenn die Ausverkäufe in vielen Geschäften, die sonst in der Regel erst nach Weihnachten einsehen, jetzt schon zu bemerken sind. Gerade die Weihnachtiskonjunktur läßt in normalen Zeiten die Preise anschwellen; daß das jetzt nicht der Fall ist, sondern umgekehrt eine Preisfälligkeit eingetreten ist, daran tragen zum Teil die Steuerforderungen des Reiches Schuld.

Die Entreibung von Steuern hat auch auf die Börse zurückgewirkt. Schon seit mehreren Wochen bröckeln die Kurse auf dem Aktienmarkt dauernd ab. Gewiß spielt auch hier die Unsicherheit im Geschäftsverkehr und die eingeschränkte Kaufkraft der Bevölkerung eine Rolle, so daß viele Betriebe gezwungen sind, ihre Effektenbestände teilweise zu verkaufen, um sich Betriebskapital zu verschaffen. Der dritte Umstand für das Nachgeben der Effektenkurse ist ohne Zweifel die Verzögerung am Devisenmarkt. Aber zu den genannten drei Gründen kommt noch ein vierter, der nicht übersehen werden darf. Bekanntlich sieht die von der Reichsregierung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegte Steuernotverordnung eine Neuanlage für die Vermögenssteuer des Steuerjahres 1924 vor. Der Stichtag für die Festsetzung der Höhe des steuerbaren Vermögens ist der 31. Dezember 1923. Die Effektenbesitzer, vor allem die Spekulanten, hat natürlich gar kein Interesse daran, daß gerade am 31. Dezember die Aktienkurse hoch stehen, sondern daß die Vermögenssteueranfrage für 1924 auf möglichst niedrigen Kursen basiert. Übrigens wirkt die von der erwähnten Steuernotverordnung gewünschte Goldbilanzierung, für die Aktiengesellschaften hoffentlich die gleiche, bereits ihre Schatten voraus. Es ist selbstverständlich, daß bei einer

Goldbilanzierung, die automatisch Golddividenden und Goldverzinsung nach sich ziehen würde, eine Zusammenlegung der ausgebildeten Papiermarktkapitalien erfolgen muß. In vielen Fällen wird daher die Gesellschaft an ihre Aktionäre zwecks Nachzahlung herantreten, gleichfalls werden Auslosungen von Aktien, ohne Erteilung von Gewinnscheinen, erfolgen.

Aus diesen nur kurz angedeuteten Zusammenhängen ist schon ersichtlich, daß wir vor einer Umstellung unserer gesamten Wirtschaft stehen, die nicht ohne Erschütterungen abgehen wird. Der Kapitalmarkt wird sich den Wirkungen einer solchen Umstellung ebenso wie er entziehen können, wie sie sich jetzt schon auf dem Arbeitsmarkt auswirkt.

Kredit des Auslands?

Als das kleine Österreich seinerzeit seine Inflation stoppte, die Bestreitung seiner Geldbedürfnisse durch das einfache Mittel des Papiergeldes einstellte, kam es Hilfe vom Ausland durch den Völkerbund. Ohne diese hätte es den plötzlichen Einschnitt in die Bankrottmethoden gar nicht machen können. Deutschland, das in der Inflation viel tiefer gesunken war, dürfte zunächst nicht auf dieses Mittel. Die amerikanischen Kreditverhandlungen, von denen so viel die Rede war, gelten eigentlich nicht uns, sondern den amerikanischen Farmern, die ihren Weizen losgeben wollen, und der amerikanischen Getreidebedürfnisse, die die Preise dadurch wieder in die Höhe bringen will. Deutschland hat sich zunächst einen Zinnskredit von der Rentenbank verschrieben im Betrag von 1200 Millionen Rentenmark. Bis er verbraucht wäre, sollten die Staatsausgaben wesentlich vermindert und die Einnahmen goldbeständig gemacht sein. Es zeigt sich aber, daß es mit der Einsparung nicht so rasch geht und ebenso wenig mit der Schaffung von Einnahmen, die einen klaren Gang der Wirtschaft zur Voraussetzung haben, statt der großen Arbeitslosigkeit. Von dem Rentenmark-Kredit sind bis jetzt 550 Millionen anzuweisen, 400 Millionen in den ersten 14 Tagen verbraucht, davon durch das besetzte Gebiet allein 100 Millionen. Es ist also leicht zu ersehen, wann der gesamte Kredit revaluiert sein wird. Dann steht das Reich und seine Beamten vor dem Nichts. Der Versuch, mit neuem Notendruck zu helfen, soll standhaft widerstanden werden. Obwohl's bei einzelnen Reichs- und Länderregierungen danach zudei wie bei Neptomantie. Das Ende einer solchen Hilfe wäre nicht abzusehen. Die Eisenkarturen in Beamtenbefolgung zusammen mit Beamtenabbau können sich natürlich erst viel später geltend machen. Ein höherer Rentenmark-Kredit würde dieser selbst zum Schaden gereichen. Wir müssen uns überhaupt mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser fürchterliche Währungszerfall, den wir bis jetzt erlebt haben, und der, was man nicht ernst genug betonen kann, noch nicht definitiv abgeschlossen ist, und daß die aus ihm sich ergebenden Finanzbedürfnisse des Reiches aus eigener Kraft nicht gedeckt werden können. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß aus der Substanz des deutschen Vermögens und aus den Erträgen der Arbeit, also des Einkommens, solche Bedürfnisse befriedigt werden können, wie sie aus einem derartigen Zusammenbruch, wie wir ihn jetzt erlebt haben, an die Allgemeinheit herantreten. Es ist noch nicht einmal möglich, die eigenen laufenden finanziellen Notwendigkeiten durch solche Steuern und Abgaben abzutragen, geschweige denn, daß bei solchen Verhältnissen auch noch die Tilgung äußerer Verpflichtungen möglich wäre.

In solcher Zwangslage richtet sich der Blick nach dem Ausland. Wie wir hören, wird die Reichsregierung dieser Tage über wichtige Aktionen sich schlüssig machen. Es ist beabsichtigt, in einem besonderen Schritt unter anderem auch den Alliierten dazutun, welche Leistungen bisher Deutschland vollzogen hat, ohne damit den Währungszerfall anzuhalten. Man braucht aber nicht das Beispiel der österreichischen Finanzkontrolle durch den Völkerbundsbeauftragten Zimmermann, um zu wissen, was Auslands-Währungskredit für uns im Gefolge hat: Fremde Ueberwachung, Eingriffe, Bespitzung. Das ist immer das erste Wort Frankreichs gewesen, wenn es sich um die Rettung der deutschen Währung gehandelt hat.

Die Finanzkatastrophe. Neue Steuerlasten.

Berlin, 13. Dez. Wie die T. L. erfährt, wird der ersten Steuernotverordnung, die auf Grund des Artikels 48 ergangen ist, in aller kürzester Frist eine zweite Steuernotverordnung folgen, die ungemein viel schwere Lasten auferlegen wird. Eine dritte Verordnung über die Steuern ist ebenfalls in Arbeit. Sie steht unmittelbar vor dem Abschluß der Beratungen und wird im wesentlichen u. a. den Lastenausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden klären. Zugleich wird in dieser Verordnung auch die Hypothekenaufwertung endgültig und zwar dahin entschieden, daß eine solche Aufwertung als nicht möglich betrachtet wird und daß die durch Schuldenentlastung bereicherten Kreise dagegen in härtester Weise zur Steuerleistung herangezogen werden sollen. Diese außerordentlich weitgehenden Eingriffe haben sich nach eingehender Prüfung der Verhältnisse als notwendig erwiesen, weil unter allen Umständen sowohl eine Ausweitung der Rentenmarkkredite, wie jede andere Inflationsmöglichkeit durch die Reichsregierung ausgeschlossen werden muß und weil der von der Rentenbank dem Reich gewährte Kredit so rasch zu Ende zu gehen droht, daß sofort gleichzeitig mit der Drosselung der Ausgaben eine härtere Erhöhung der Einnahmen bewerkstelligt und gesichert werden muß. Insbesondere ist die Reichsregierung darauf angewiesen, schon im Laufe des Monats Dezember neue große Einnahmestellen zu erschließen, da sonst in aller kürzester Frist tatsächliche Zahlungsunfähigkeit eintreten würde. Die Reichsregierung bleibt darüber hinaus ernsthaft bemüht, ausländische Kredite zu erlangen. Der Außenminister Dr. Stresemann hat seine als Kanzler begonnenen Bemühungen sofort nach der neuen Kabinettsbildung fortgesetzt. Zugleich ist beabsichtigt, das Ausland erneut darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland am Ende seiner Kraft ist.

Berlin, 13. Dez. Der „Berl. Lokalanz.“ schreibt: So schlimm ist es mit den Staatsfinanzen bestellt, daß Steuern ausgeschrieben werden müssen, von denen man ganz genau weiß, daß sie nicht aus irgendwelchen Ueberflüssen, sondern nur noch aus dem Abwurf der Wirtschaft geleistet werden können. Aber die Reichsregierung hat keine andere Wahl mehr. Es wird die Regierung heute schon oder morgen mit einem Appell an das Ausland hervortreten, in der Hoffnung, damit die verschiedenen schwebenden Kreditverhandlungen zu beschleunigen. In einer halbamtlichen Auslassung spricht sie auch von verschiedenen durchaus aussichtsreichen Anlässen zu einer amerikanischen Anleihe für Deutschland, um die sich der in amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskreisen sehr angesehenen deutsche Politiker Dr. Wiedfeldt nicht ohne Erfolg bemüht habe. Das alles sind, wie man sieht, letzte Maßnahmen nach innen wie nach außen, von deren Erfolg für uns so gut wie alles abhängt.

Neues vom Tage.

Ein neuer Schritt in Paris.

Berlin, 13. Dez. Die Reichsregierung plant einen neuen Schritt bei der Reparationskommission in Paris, der jedoch nicht neue Reparationsangebote in sich schließen wird. Vielmehr soll dabei lediglich die Wiederaufnahme der feinerzeit abgebrochenen Reparationsverhandlungen angestrebt werden. Die Möglichkeit dazu liegt umso mehr vor, als neuerdings auch von französischer Seite anerkannt worden ist, daß der passive Widerstand, während dessen Dauer Paris jede Verhandlung mit uns ablehnte, jetzt tatsächlich in vollem Umfang beendet ist.

Die deutsche Tuberkulosebekämpfung vor dem Zusammenbruch.

Berlin, 13. Dez. Die deutsche Tuberkulosebekämpfung steht vor ihrem völligen Zusammenbruch. Bei der geringen Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und der Kommunen, bei dem stark eingeschränkten Betrieb der Fürsorgestellen, bei dem Fehlen ausreichender Wohnungsfürsorge muß die Zahl der Kinderansteckungen enorm zunehmen und damit die ganze künftige Generation verunsichert werden. Das wird sich besonders zeigen, wenn die jetzt infizierten Kinder in das erwerbsfähige Alter eintreten. Die „D. Allg. Ztg.“ meint, wenn es nicht gelingt, noch in letzter Stunde ausreichende Abwehrmaßnahmen zu treffen, müssen wir uns auf eine gewaltige Zunahme wie wieder zunehmender Schädigung unserer Volksgesundheit gefaßt machen.



Eingabe des Gewerkschaftsbundes an den Völkerbund
Berlin, 13. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Eingabe, die von dem internationalen Gewerkschaftsbund an den Völkerbundrat in Genf gerichtet worden ist. In ihr wird der Völkerbund aufgefordert, die Initiative zu einer allgemeinen Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands zu ergreifen. Er möge „mit tüchtigster Beschleunigung Maßnahmen in Erwägung ziehen, die ermöglichen könnten, das deutsche Volk vor dem völligen materiellen Zusammenbruch zu bewahren, das Fortschreiten der Demoralisation weiterer Volksschichten zu verhüten und die heranwachsende Generation, die bei einem Wiederaufbau der katastrophalen Zustände auf Jahrzehnte hinaus dem physischen Zerfall preisgegeben wäre, zu stärken und damit die Gefahr einer Verschärfung der Krise der Weltproduktion zu verhindern.“

Gründung der „Rheinischen Goldnotenbank“?
Ahn, 13. Dez. Folgende Nachricht hat die sozialdemokratische „Rhein. Ztg.“ von angeblich zuverlässiger Seite erhalten: In Bonn ist am Dienstag die Gründung der „Rheinischen Goldnotenbank“ mit einem Kapital von 6 Millionen Dollar oder 60 Millionen Rheinmark (eine Rheinmark = 42 Goldpfennig) gegründet worden. Eine amtliche Eintragung der Gesellschaft kann noch nicht geschehen, da dies nach den deutschen Bestimmungen nur auf der Grundlage der deutschen Währung möglich ist. In gewissem Gegensatz zu dieser Mitteilung, die die Gründung schon als vollzogene Tatsache hinstellt, meldet gleichfalls die „Ahn. Ztg.“ aus Paris, daß führende französische Wirtschaftskreise die Verhandlungen über die „Rheinische Goldnotenbank“ zurückstellen wünschen.

Oesterreich im Zeichen des Beamtenstreiks.
Wien, 13. Dez. Die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs hat einen Poststreikpostdienst durch Radfahrer organisiert, der die gesamte kaufmännische Post von Geschäft zu Geschäft und Firma zu Firma besorgt. Die Radfahrer werden von den einzelnen Betrieben gestellt. Die Befestigung der Märsche ist durch den Poststreik bisher nicht beeinträchtigt worden.

Bescheid Americas an die Reparationskommission.
Paris, 13. Dez. Der offizielle amerikanische Delegierte in der Reparationskommission, Oberst Logan, hat dem Präsidenten dieser Kommission, Barthou, davon Kenntnis gegeben, daß er aus Washington eine Befestigung des Beschlusses erhalten habe, den die amerikanische Regierung in der Frage der beiden Sachverständigenausschüsse sagte. Amerika wird sich, wie Logan bestätigte, an ihren Arbeiten, die von der Reparationskommission am 30. November beschlossen wurden, nicht offiziell beteiligen. Doch begrüßt die amerikanische Regierung, daß amerikanische Sachverständige direkt an den Arbeiten der beiden Ausschüsse teilnehmen.

Iber Ausschuss und Beamtenabbau.
Berlin, 13. Dez. Der Iber Ausschuss des Reichstags führt seine Beratungen über die Beamtenabbauverordnung fort. Angenommen wurde ein Antrag, der den in der Verordnung enthaltenen Unterschied zwischen lebenslänglichen Angestellten und planmäßigen aber auf Kündigung angestellten Beamten beseitigt. Auf Kündigung angestellte Beamte können demzufolge nicht entlassen werden, sondern nur unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegelds einstweilen in den Ruhestand versetzt werden. Auch außerplanmäßige Beamte und Beamte, die auf Probe oder auf Widerruf angestellt sind, können in den einwöchigen Ruhestand versetzt werden, wenn sie eine längere als 10jährige ruhegehaltsfähige Dienstzeit zurückgelegt haben. Sonstige außerplanmäßige Beamte und Beamte auf Probe, auf Widerruf oder im Vorbereitungsdienst können aus dem Reichsdienst entlassen werden.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(48)

(Nachdruck verboten.)

Das Wort des gewichtigen Groß-Reichers, von dem man zudem weiß, daß er bisher Hans nicht wohlgefallen war, läßt alle anderen Vermutungen verstummen. Dasil schüttelt wohl heimlich den Kopf. Seit wann nimmt denn Hans in die Holzleg' die Petroleumlampe mit anstatt der Laterne? Aber er hütet sich, seinen Gedanken Worte zu verleihen.

Inzwischen erkundigt sich der Groß-Reicher nach der Verbäurin. Just als die Flammen zum Hausdach hinausschlagen, war sie mit ihrer Schwester angefahren gekommen und hatten beide ein großes Geschrei erhoben. So arg hatten sie's getrieben, daß sie endlich der Vater Hofmeister herb anließ und ihnen riet, lieber fortzugehen, als da mit ihrem nutzlosen Gejammer denen den Weg zu verstellen, die helfen wollten. War' gecheiter, sie säheten sich um das verlor'ene Vieh um.

„Die Kramer-Lois hat 'i fortgeführt all zwei,“ sagt die Wirtin, „wird wohl wissen, wo sie verbleiben sind.“

In der Kramer-Lois ihrem Stübchen sitzen die Verbäurin und ihre Schwester, beide stumm und verzweifelt. Ob die Stübchen jetzt auch noch Wort halten werden? Das ausbedungene Stübel ist dahin. Und wenn aus dem Kauf etwas wird, so wird der Preis mindestens bedenklich sinken.

In ihrer Bedrücktheit haben sie das Türöffnen und -schließen nicht gehört. Jetzt fahren sie beide entsetzt in die Höhe, als der Groß-Reicher plötzlich vor ihnen steht und zur Verbäurin sagt: „Ein Wörtel zu reden hat' ich mit dir wegen eurer Hof da drüben. So wie er jetzt herkommt, werden ihn die Stübchen wohl nie hoch einlassen. Muß nicht, so mach' ich dir ein Licht dafür

ten werden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach Versorgungsämter, die noch keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Wartegeld haben, zunächst an letzter Stelle zu entlassen sind. Durch einen 3. angenommenen Antrag wurde die Reichsregierung ersucht, den Par. 2 des Artikels 3 dahin zu ändern, daß bei Auswahl der in den einwöchigen Ruhestand zu versetzenden Beamten nach Maßgabe der sachlichen Bedürfnisse der Wert der dienstlichen Leistungen der Beamten entscheidend sein soll. Angenommen wurde alsdann ein Antrag, daß bei gleichwertigen Leistungen die über 60 Jahre alten Beamten vorweg auszuwählen sind, im übrigen für die Auswahl die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse maßgebend sein sollen.

Der neue Schweizer Bundespräsident.

Bern, 13. Dez. Zum neuen Bundespräsidenten der Schweiz ist Chuard gewählt worden. Chuard war bisher Departements-Chef für das Innere im bisherigen Bundesrat.

Demission des portugiesischen Kabinetts.

Lisbon, 13. Dez. Das portugiesische Kabinet hat heute demissioniert.

Wieder ein deutscher Vertreter in Paris?

Paris, 13. Dez. Eine in diplomatischen Kreisen zirkulierende Nachricht besagt, daß Deutschland demnächst den Botschafterposten in Paris wieder besetzen werde.

Württembergischer Landtag.

Die politische Lage und Finanznot.

Stuttgart, 13. Dez.

In schwerer und gefährdender Zeit ist der württembergische Landtag am Donnerstag abend zu einer Vollversammlung zusammengetreten, die sich bisher infolge der äußeren und inneren Krise im Reich immer wieder hinausgezögert hat. Unterdessen ist im Reich die politische Entscheidung für die nächste Zeit mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes gefallen und der württ. Landtag kann nun in kleinem Maß die Richtlinien für die Innenpolitik festlegen und klären. Es handelt sich zunächst um eine politische Generaldebatte größten Stils zu den Ereignissen der letzten Monate. Die Parteien werden diese Gelegenheit nutzen, um ihre Wünsche und Beschwerden anzubringen, ihren „Kropf“ zu leeren. Eine wesentliche Veränderung der Gesamtlage der württ. Innenpolitik ist trotzdem nicht zu erwarten, wenn es nicht zu einer Regierungskrise kommt, was aber unwahrscheinlich ist, da das vorgelegte württ. Ermächtigungsgesetz auch von der Sozialdemokratie nicht abgelehnt werden dürfte.

Vor überfallenen Tribünen begann die erste Sitzung mit einer Ansprache des Präsidenten Walter, in der er der schweren Zeit und Not des Vaterlandes gedachte und zur Einigkeit aufforderte. Eine überaus große Reihe von Einläufen, Gesetzen und Anträgen zur Strafverfolgung von Abgeordneten wurde bekannt gegeben.

Dann ging man über zur großen politischen Ansprache. Abg. Bazille (D.P.) forderte, daß die Beratung des Ermächtigungsgesetzes von der politischen Ansprache getrennt wird. Dem widersprachen die Abgg. Scheel (Dem.), Keil (Soz.), Blass (D.P.) Andre (Zentr.), Wlänger (Soz.). Mit einer Mehrheit von Sozialdemokratie bis Zentrum wurde aber die Beratung des Ermächtigungsgesetzes beschlossen.

Staatspräsident Dr. Hieber

hielt sodann die erste große politische Rede über die derzeitige Lage in Reich und Land, in der er ausführte:

Durch die Herzen aller verständigen, maßvollen Bürger geht eine tiefe Sehnsucht nach einer festen

ten, nationalen Regierung. Es ist der häufige Wunsch der Kanzler im Reich tief zu bedauern, doppelt zu bedauern im Blick auf die äußere Lage. Alle Abtrennungsbefrebungen wie alle Aenderungen der Reichsverfassung beurteilte Dr. Hieber aufs schärfste, versprach Unterstützung der bedrohten Brüder der Westmark, namentlich gegenüber Baden, und verurteilte das unverantwortliche Abenteuer Hitlers in München. Er wünschte, daß in der Frage Bayern und das Reich eine einigende Formel gefunden und in der Beurteilung zurückgehalten werde. Die geschichtliche Rolle Württembergs im Reich sei ein fester Pfeiler der Einheit des Reiches zu sein. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft schmiebe uns in Württemberg mit unzähligen Ketten an das Reich. Dennoch müsse das Land auch in sich ein kraftvoller lebensfähiger Staatskörper bleiben. Partikularismus sei abzulehnen, aber ein Föderalismus, der die Länder stärken will, zu befürworten. Im Verkehrswesen wäre die Rückgabe von Eisenbahn und Post an die Länder ein Rückschritt. Dann ging Hieber zur Landespolitik über, der als erstes Ziel die Beschaffung von Brot und Arbeit voranst. Angesichts der fürchterlichen Not in den Städten forderte der Staatspräsident zur Milchlieferung auf und warnte die Verbraucher vor Verschlimpfung des Bauernstandes. Eine Selbsthilfe der württ. Industrie zur Arbeitsbeschaffung wurde begrüßt. Auch der Staat wird Arbeitsgelegenheit schaffen. Dann streifte der Redner die Preisbildung, die Währungsverhältnisse und die Frage der wertbeständigen Zahlungsmittel. Eigene wertbeständige Zahlungsmittel wollte man nicht schaffen, um nicht unsere Wälder, den letzten Schatz, in den Strudel zu werfen, sondern sie als Reserve für die nächsten Jahre zu erhalten. Neben der bewaffneten Macht des Staates dürfe es keinerlei Organisationsorgane geben, die als Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen werden müssen. Zum militärischen Ausnahmezustand sei in Württemberg kein Anlaß, die Aufhebung siehe aber der Reichsregierung zu. Zur Regierungsbildung bemerkte der Staatspräsident, die Mehrheit des Volkes wünsche die Diktatur nicht, eine Erbreiterung der Koalition schiefe bisher auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Er streifte die Reichsverordnung über Staatsvereinfachung und Beamtenabbau. Ein Gesetzentwurf sehe auch vor, daß die Zahl der Landtagsabgeordneten um 1/3 vermindert werde. Der Staatspräsident schloß die mit Beifall aufgenommene Rede mit der Versicherung, daß er das Wohl aller Stände im Auge habe.

Finanzminister Dr. Schall

gab ein erschütterndes Bild der Finanzlage in Reich und Land, schilderte ihre Entwicklung und die Auswirkung auf die Beschaffung im Reich, wie sie die Schaffung von Rentenbank und Rentenmark sowie Stilllegung der Rentenpresse und der Personalabbau bringen. Der Kampf der Länder mit dem Reich in der Finanzfrage, weil dieses keine Verpflichtungen (Ausbau der Reichszuschüsse) beschränkt hat, trat anschaulich hervor. Um einen Beamtenabbau sei auch in Württemberg nicht herumzukommen. Der Aufwand für die Beamten stieg im November in Württemberg auf 1,9 Trillionen, in der ersten Dezemberhälfte auf 2,5 Trillionen, wovon das Land allein 1 1/2 Trillionen aufzubringen hat. Vom 23. Okt. bis 14. Nov. betragen die Ausgaben 1 Trillion 618 Milliarden, die Einnahmen aber nur 454 Milliarden. Die Aufbringung der Mittel für Erwerbslosensfürsorge erfordert vom Land wöchentlich 250 000 G.M. oder eine Viertel Trillion. Es gebe nur noch zwei Möglichkeiten: entweder Zusammenbruch oder Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben. Die Einschränkung der Staatsausgaben, die vorwiegend Personalausgaben seien, bringe den Beamtenabbau, soweit es eben die eigene Finanzlage unbedingt erfordere. Deshalb das Ermächtigungsgesetz, das auf dem Herabsetzungsweg Ausgabenminderung und Einnahmenerhöhung bringen solle. Die Lage dulde kein Zögern und keinen Verzug.

Fortsetzung am Freitag nachmittag.

und zahl morgen bar aus. Aber schriftlich muß es zwischen uns zwei noch heut Nacht gemacht werden. Besinnen darfst dich nit. Bist zufrieden mit 120 000 Mark?“

Die Verbäurin starrt mit blankem Ausdruck zu ihm hinauf. „Foppt er sie? Bar? Heut noch schriftlich machen?“ „Ja, wie denn?“ stammelt sie. „Was mein?“

„Bist leicht taub? 120 000 Mark viel? Ich dir für dein abgebranntes Hof, wie er liegt und steht. So viel gibt dir morgen keiner mehr.“

Stasi mengt sich misstrauisch ein, aber der Bauer heißt sie kurzweg still sein. Dann verhandelt er weiter mit der Verbäurin, die innerlich jubelt, und sich äußerlich nicht mehr streut, als schicksam ist. Das ist ein Spatz in der Hand, das Stilt immerhin nur eine Taube am Dach. „Bitternd vor Aufregung bringt sie Papier, Tinte und Feder, worauf der Groß-Reicher eine Erklärung verfaßt, nach welcher ihm die Verbäurin alles, „wie's liegt und steht,“ zusagt.

Während die Verbäurin diese Erklärung unterschreibt, wirft der Groß-Reicher eine Tausendmarknote an den Tisch, die er zufällig bei sich hat, weil er im Wirtschaft beim Zahlen damit vorgehen wollte. „Da hast das Handgeld. Jetzt gilt der Handel!“ Dann mißt er mit seinen scharfen kalten Augen die beiden Weiber. „Eins möcht ich noch wissen — wie ihr zwei es angeht, die Stübchen heranzuführen?“ Die Verbäurin schweigt.

Da schmunzelt Stasi stolz: „Sei war mein Gedanken und jetzt liegt mir nit mehr dran, daß ich's sag' vor'm Juden haben wir ihnen Angst gemacht. Haben ihnen weiß gemacht, der Rosenzweig wollt's kaufen alles und für seinesgleichen da eine Pension für Fremde aufbauen. So kämelen halt eine Menge Lut in die Gegend, die nachher bei den Wäldern und auch sonst den grüßlichen Herren Ungelegenheiten machen könnten. Da drauf hab'n sie sich entschlossen, in den sauren Apfel zu beißen, wiewohl alles natürlich nur eine Komödie war.“

Der Groß-Reicher starrt die Alte mit einem seltsamen Blick an. Dann schüttelt er den Kopf und murmelt, sich zum Gehen wendend: „Kreuzotter, hab ich p' allweil bei

mir g'heizen, aber bi Gott, das Weib d' war nit zu gut für 'n Leibhaftigen sein' Großmutter.“

An der Tür halt ihn die Verbäurin ein und faßt ihn am Ärmel: „Sagen muß' mir's noch, Groß-Reicher, warum du die Gutherheit tuß an mir?“ Er schüttelt ihre Hand ab und wischt über seinen Ärmel. Dann antwortet er eilig: „Sei bildet die wohl nit im Ernst ein, daß ich dir eine Gutherheit tun möcht!“

XVI

Der Frühling ist da. Nur auf dem Schneekar liegt noch des Winters blendende Weiße. Ueber die Berge oben hat der Frühling seinen leuchtenden Mantel von jungem Grün gebreitet.

Aber nicht der gottgesegnet schöne Tag ist's, der die St. Lorenzener heute in Sonntagsgewändern aus den Häusern treibt, sondern etwas viel Wichtigeres. Seit dem frühen Morgen verläuden es Wälderschiffe, und jetzt auch noch die Kirchschiffen: Ernst ist's, Hochzeit machen sie! Wer? Die Kramer-Lois mit dem schwarzen Seppel, der dort in einem lächerlichen städtischen schwarzen Anzug mit dem Myrtenstränchen im Knopfloch so täppisch zwischen der jungen Frau Wäsel und ihrem Mann steht?

Ober —? Ja, wahrhaftig, dort kommen sie vom Tullnerfattel herab, in langem Zug, der Lämmerbauer, Josef Pate, als Hochzeitsbitter, neben der Braut. Hans ist zwischen dem Ehepaar Kelblinger aus Barthelmä. Do neben und dahinter eine mächtig große Schar von Bauern.

Und das ist das aufregende an der Sache: die Lois hat sich's in den Kopf gesetzt, am selben Tage vor dem Altar zu treten, wie der... na, der „Abbrandler.“ Hat sich's in den Kopf gesetzt, „die“ zu übertrumpfen in allen Stücken, „die gemeinen Bauernseut.“ Streng nach städtischem Muster will sie ihre Hochzeit haben. Und daß der „Prognobauer“ extra aus Böhmen das Wiesenswirtsbaus heute für sich und seine „Freundschaft“ mit Schlag bringt, damit tut er ihre keinen „Lois“ an.

(Schluß folgt.)



Nach für einen halben Monat

Wollen Sie auf unsere Schwarzwälder Zeitung „Aus dem Tannen“ abonnieren. Bestellungen sind in der Geschäftsstelle oder bei den Verkäufern zu machen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 14. Dezember 1923.

Verfütterung von Brotgetreide und Mehl. Die Verfütterung von Brotgetreide an Tiere ist, da hiesiger Brotvorrat aus dem neuen Getreide noch nicht völlig auf die Füllhöhe angewiesen ist, ein Verbrechen am Volke. Sie war schon im vorläufigen Wirtschaftsjahr unter Strafe gestellt und bisher verboten. Neuerdings wurden die Strafvorschriften wesentlich verschärft. Das mit Brotgetreide gefütterte Vieh kann ergriffen und der Ertrag zur Brotverfertigung verwendet werden. Verordnungen schwer geahndet werden diejenigen Fälle, in denen nicht selbst geerntetes Brotgetreide gefüttert wird; hier ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat, außerdem ist die Eingetretung des Viehs in diesen Fällen zu untersagen vorgeschrieben.

Nachzahlung auf die Umsatzsteuer für November. Die letzten Umsatzsteuerverpflichtungen, die zu entrichten sind, ihre Umsatzsteuerabsetzungen monatlich zu entrichten, werden auf die im Januarsteuertitel sich beschaffende Einkommenssteuer des Finanzjahres hinübergeführt, nach welcher die Abgaben für den Monat November eine Nachzahlung auf Umsatzsteuer in Höhe des bereits verfallenen Steuerbetrags zu entrichten haben. Es ist also für den Monat November der doppelte Steuerbetrag zu entrichten.

Neujahr. Nächsten Sonntag hält der hiesige VdK-Fest mit weiteren musikalischen Akten ein Konzert ab. Näheres Inserat in morgiger Nummer.

Kauf von Gütern. Die Reichsbahndirektion Stuttgart ruft die von ihr angebotenen Güter im Rennwert unter 100 Milliarden Mark zur Einlösung bis zum 10. Januar 1924 bei der Eisenbahnbaukasse Stuttgart auf.

ep. Arbeit bei den Anstalten für freiwillige Liebesarbeit. Infolge einer Beratung zwischen Vertretern der Behörden und der Anstalten für freiwillige Liebesarbeit sind aus den letzteren auf evangelischer Seite in den letzten Wochen 206 Lehrlinge und Pfleger vom Schuljahr bis zum Schuljahresende und Nichtvollständigen entlassen, 500 weitere zur Entlassung vorgeschlagen worden, damit für den zurückbleibenden Teil seitens der Armenbehörden ausreichende Kostengelder beschafft werden können. Um es dem Finanzministerium zu ermöglichen, wieder 75 Prozent der Gehaltsaufwendungen für die Lehrkräfte der Anstalten zu übernehmen, sollen ferner auf evangelischer Seite die Taubstummenschule der Anstalt Bismarck, die Rettungsanstalt in Ebingen und vielleicht noch eine andere aufgehoben und in der Anstalt Stetten i. N. drei Lehrkräfte eingestellt werden. Von den schulentlassenen Lehrlingen, die aus Sparmaßregeln aus der Anstaltsfürsorge entlassen wurden, mußten unterdessen bereits eine Reihe wieder in die Anstalt zurückgebracht oder ins Gefängnis eingeliefert werden; auch bei einer beträchtlichen Anzahl von entlassenen Schulpflichtigen und Nichtvollständigen wird sich ihre Anstaltsbedürftigkeit bald wieder herausstellen. Sollen die Fürsorgebedürftigen und die Allgemeinheit nicht schweren Schaden leiden, so muß die Opferwilligkeit weiterer Kreise alles tun, um die Anstalten wenigstens in unerlässlichem Umfang durch die gegenwärtige Notzeit hindurchzuführen.

Entschädigung für Pferdeverluste. Der Höchstbetrag der Entschädigung für Pferdeverluste infolge Kopffranzheit oder ansteckender Futtermittel ist mit Wirkung vom 15. Dezember auf 180 Goldmark festgesetzt worden.

Notensatzung. Von den ursprünglich auf 100 Mill. lautenden, vom 15. Dezember 1918 datierten, mit „fünftägig Milliarde Mark“ auf der Vorder- und Rückseite in Rotdruck überdruckten Noten der Württembergischen Notenbank sind Fälschungen, lautend auf „20 000 000 000 000“ in rotem Zahlenschilderdruck auf der Vorderseite, und auf „zwanzig Billionen Mark“ in rotem Buchstabenüberdruck auf der Rückseite, im Umlauf. Vor Annahme dieser gefälschten Noten wird gewarnt.

Neue Auswanderungswege. Nachdem die Vereinigten Staaten die Einwanderung gesperrt haben, wendet sich der Auswandererstrom Südamerika zu. Dort sind neuerdings bereits geschlossene Gruppen abgereist, so aus Göttingen, Heilbronn, Ulm, Albstadt, Gmünd und Schwemmingen und besonders auch aus Stuttgart. Diese Gruppen sind aber nur die Vorläufer für weitere größere Gruppen, die da und dort im Lande in Bildung begriffen sind und die Vorbereitungen zur Ausreise treffen.

Änderung der Landesfeuerlöschordnung. Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesfeuerlöschordnung festgestellt, der dem Landtag bereits zugegangen ist. Darnach werden die in der Feuerlöschordnung vorgesehenen Geldstrafen auf Goldmark umgestellt. Die Gemeinden mit Pflichtfeuerwehren sollen ermächtigt werden, vom Dienstbefreiten Feuerwehrpflichtigen für das Rechnungsjahr 1923 eine weitere Abgabe von 1-5 Goldmark anzusetzen; ebenso sollen Gemeinden mit freiwilligen Feuerwehren von ihren feuerwehrpflichtigen Einwohnern, soweit diese nicht am 1. Januar 1924 der Feuerwehr angehören, für den Rest des Rechnungsjahres 1923 eine Abgabe von 1-5 Goldmark erheben dürfen.

Goldmark-Verpflegungsgeld in den Staatsirrenanstalten. Für württembergische Staatsangehörige beträgt künftighin das tägliche Verpflegungsgeld in der ersten Klasse 4,50 G.M. und mehr, in der zweiten Klasse 2,50-3,50 G.M. und in der dritten Klasse 1,50-2 G.M. Das Verpflegungsgeld der dritten Klasse wird für Pfleger, die von einem württembergischen Armenverband ganz oder größtenteils und endgültig zu unterhalten sind, in der Regel auf 1,40 G.M. täglich ermäßigt.

Schorf, 12. Dez. (Verunglückt.) Oberamtsarzt Dr. Jander fuhr heute Mittag auf einer diesfälligen Tour von Oberlingen nach Schorff. In dem letzten Bogen der Straße an der „Sechste“ lag noch Glätte, das vorher nicht gesehen werden konnte. Sein Rad kam in der ersten Wiegung ins Rutschen und er stürzte so unglücklich ab, daß er sich einen Oberschenkelbruch zuzog.

Stuttgart, 13. Dez. (Wäcker in Schuhhaft.) Bei einer dieser Tage vom Polizeipräsidenten Stuttgart, Abteilung Wäckeramt, vorgenommenen Wäckerkontrollen mußten u. a. in der Wäckeri Nr. 14, Kähler, Eisenstraße, sämtliche zum Verkauf bereitliegenden Brotlaibe wegen Mindergewichts von 50 bis 200 Gramm beanstandet werden. Der Geschäftshaber wurde in Schutzhaft genommen. In einigen anderen Wäckerien wurden ebenfalls Mindergewichte festgestellt. Anzeige ist erstattet.

Göttingen, 13. Dez. (Preiswucher.) Der Göttinger Georg Viechold von hier wurde wegen Preiswuchers mit Christbäumen festgenommen. Er verkaufte Christbäume zum Preise bis zu 7 Mk., obwohl der berechnete Durchschnittspreis nur 1,40 Mk. beträgt. Gegen Viechold ist Schutzhaft beantragt. Der angestrebte Preis für Christbäume beträgt 1-1,50 Mk.

Wahlungen a. N., 13. Dez. (Billiges Fleisch.) Die hiesige Kreisbank verkaufte Rindfleisch das Pfund zu 30 Pfennig.

Heilbronn, 13. Dez. (Tödlicher Unglücksfall.) Einige Personen von Stein a. N. waren mit einem Einspännerfuhrwerk auf dem Heimweg begriffen. In der Nähe der Markungsgrenze schenkte das Pferd an einem auf der Straße aufgestellten Schutzwagen und sprang mit dem Wagen die steil abfallende Straßenhöhe hinab. Dadurch wurde der 49 Jahre alte Sattler und Tapezier Knoll aus Stein a. N. durch den umstürzenden Wagen so stark auf den Boden geschleudert, daß er sofort tot war.

Rotweil, 13. Dez. (Ehrung.) In einer Festigung des Gemeinderats ist dem zurückgetretenen Stadtschultheiß Gläther eine kunstvoll ausgeführte Ehrenurkunde überreicht worden, worin ihm unter einstimmigem Beschluß in dankbarer Anerkennung seiner unermüdbaren und erfolgreichen 36jährigen Amtsführung das Ehrenbürgerrecht verliehen wird. Ferner wurde beschlossen, den bisherigen Königsplatz künftig Edwin-Gläther-Platz zu heißen.

Wattenweiler, O. A. Wolfsee, 13. Dez. (Tod auf den Schienen.) Beim Bahnübergang Heroldswälder-Gersweiler kam die ledige 51 Jahre alte Maria Müller unter den Eisenbahnzug und wurde sofort getötet.

Nachmal's Rhein-Ruhrabgabe auf 18. Dez. 1923.

Nach der Steuernotverordnung des Reichspräsidenten vom 7. Dezember 1923 ist der dritte Teilertrag der Rhein-Ruhrabgabe schon am 18. Dezember 1923 zu entrichten. Er beträgt für natürliche Personen 0,50 Goldmark für jede volle tausend Mark der Einkommensteuerpflicht für 1922. Diese ist aus den Einkommensteuerbescheiden für 1922 zu entnehmen. Der Kreis der abgabepflichtigen Personen ist derselbe wie bisher. Es sind also rhein-ruhrabgabepflichtig im wesentlichen die Personen mit Einkommen aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens. Bei landwirtschaftlichen und Gewerbebetrieben, die nach einem Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) vom 1. Juli 1922 veranlagt sind, ist der Steuerertrag 2 Goldmark für jede volle tausend Mark der Einkommensteuerpflicht. Außerdem sind abgabepflichtig alle übrigen Steuerpflichtigen (Angestellte, freie Berufe, Rentner), wenn ihre Gesamteinkommen im Kalenderjahr 1922 mehr als 1 Million Mark betragen hat. Beispiele: Ein Landwirt ist für 1922 aus einem steuerbaren Einkommen von 380 000 Mk. mit einer Jahressteuer von 37 320 Mark veranlagt; er hat auf 18. Dez. 1923 18,5 Goldmark als Rhein-Ruhrabgabe zu entrichten. Ein Gewerbetreibender mit Bilanz vom 30. Juni 1922 ist aus 540 000 Mk. Einkommen mit 51 000 Mk. Jahressteuer veranlagt; er hat 122 Goldmark zu bezahlen. Ein Arzt (Rechtsanwalt, Architekt) mit einem Einkommen für 1922 von 800 000 Goldmark bleibt abgabefrei; ein solcher mit 1 100 000 Mk. Einkommen ist mit 190 000 Mk. Jahressteuer veranlagt und zahlt 95 Goldmark. Eine G. m. b. H. mit Bilanz vom 31. Dezember 1922 ist mit einer Körperschaftsteuer von 500 000 Mk. veranlagt; sie hat 375 Goldmark zu zahlen. Wäre ihre Bilanz auf 31. März 1922 aufgestellt, dann betrüge ihre Rhein-Ruhrabgabe 1600 Goldmark.

Die Wiederaufnahme des Zugverkehrs im Brückentopf Mehl.

Offenburg, 13. Dez. Mittwoch vormittag wurde der Bahnhof Offenburg von der französischen Regie an die deutsche Reichsbahn zurückgegeben. Gegen 11 Uhr vormittags waren die Vorstände der einzelnen Dienststellen des Bahnhofs zur Übernahme erschienen. Die Vertreter der Reichsbahn waren zu jener Zeit in einem Sonderzug hier eingetroffen. Als Vertreter der französischen Regie war laut „Offenburger Zeitung“ ein Offizier der französischen Unterkommission in Mehl erschienen. Die Übergabe war schnell beendet, denn eine wirkliche Übergabe fand überhaupt nicht statt. Der französische Vertreter erklärte einfach kurz und bündig, daß der französische Bahnhof Offenburg von jetzt ab wieder von den Deutschen benützt werden könne. Damit war der historische Augenblick der Übergabe beendet. Die französische Regie benützte den Bahnhof Offenburg noch bis Dienstag abend.

Buntes Allerlei.

Die Papiermark in Newyork. Die gemeldet wird, sind vor kurzem Aktien mit deutscher Papiermark in Newyork von 10 000 Mk. bis 100 Milliarden Mk. in Newyork für die Bankfirma Hoal Baer u. Co. eingetroffen. Der Wert der Sendung war mit 500 Dollar in amerikanischem Geld angegeben. Die Aktien in Newyork von 1 bis 100 Milliarden besäßen aus ziemlich gutem Papier und auch die Gravierung ist gut, während die Aktien für die geringeren Beträge aus minderwertigem Papier mit schlechter Gravierung besäßen. In den Sendungen befanden sich einige 1000 Mark-Scheine von der Ausgabe 1910, die früher bekanntlich in Gold einlösbar sein sollten und die zu 70 Dollar der Milliarde verkauft wurden. Der Inhaber der Newyorker Bankfirma sagte, es herrsche immer noch eine gewisse Nachfrage nach Mark und seine Firma habe dieselben kommen lassen, um Kunden zu befriedigen, die größtenteils sie nur als Andenken zu sammeln wünschen.

10 000 Autos täglich. Der amerikanische „Autofabrikant“ Henry Ford erklärte in einem Interview, daß seine Gesellschaft mit einem Kostenaufwand von 110 Millionen Dollar so erweitert worden sei, daß sie demnächst täglich 10 000 Autos und Lastkraftwagen herstellen werde. Sein Unternehmen habe sich über die ganzen Vereinigten Staaten ausgedehnt, weil es so etwas wie eine Sättigung des Marktes nicht gebe. Selbst die größte Entwicklung des Flugzeuges werde den Kraftwagen nicht verdrängen können. Die in Manchester errichtete englische Niederlage stellt bereits 90 Prozent der für England bestimmten Wagen her, und im Ganzen werden etwa 150 000 Wagen in England verkauft. Als den besten Markt der Zukunft bezeichnete Henry Ford China, das der Kraftwagen schneller erschließen werde als alle Eisenbahnen und Millonare.

Wo wird gesant? Die ... der europäischen Sendestationen, die regelmäßige Radioprogramme in die Welt schicken, ist nicht klein. An der Spitze marschieren natürlich England, dessen Broadcasting Company bereits im zweiten Lebensjahre steht. Dem englischen Hörer klingen London, Manchester, Birmingham, Cardiff, New-Castle, Glasgow, Aberdeen und Bournemouth ständige Unterhaltung zu; er kann vormittags, nachmittags und abends die Hörmuschel ans Ohr legen. In Holland funkelt ein Privatlaboratorium aus dem Haag jeden Abend Unterhaltung, und eine Amsterdamer Station tut dasselbe vormittags, nachmittags und abends. In Dänemark verdient die Station in Lyngby Beachtung mit ihrem Abendprogramm. Von Deutschland wird die Welt aus mehreren Quellen unterhalten. Zunächst gibt Königsbrunn-Hausen zu verschiedenen Tageszeiten Musik, Lektüre und Nachrichten. Aus Oberwalde kommen vormittags und abends Konzerte, und die Telefunken-Gesellschaft des Grafen Arco in Berlin wartet, meist zu Versuchszwecken, mit Vortrags- und Nachrichtenmaterial auf. Das Vorhaus in Berlin absolviert jeden Abend zwischen 8 und 9 Uhr das amtliche Rundfunkprogramm auf Welle 400 für Hörer in und um Berlin. Seine Neuerungen kommen für den gesamt-europäischen Radiobörer nicht in Frage, weil es nur mit kleineren Sendeeinheiten arbeitet, die für einen Radius von höchstens 150 Kilometer bestimmt sind. In der Tschechoslowakei ist Prag erwähnenswert mit drahtlosen Mittag- und Abendkonzerten, mit Wetterprognose und Nachrichten. Aus der Schweiz sendet der Radioklub in Genf, der augenblicklich Schweiz und Lausanne, das täglich Abendkonzerte veranstaltet. Auch Madrid hat eine drahtlose Vortragsverbreitung. Das sind die wesentlichsten europäischen Sendestationen. Neben gegenüber stehen eine Unmenge Radiostationen in anderen Erdteilen, namentlich in Amerika.

Was ist eine Billion? Wie wenig Vorstellung man von einer Billion hat, merkt man erst, wenn man sich die Wähe nimmt, eine Billion in einen Begriff umzusetzen, den man sich vorstellen kann. Wenn man das im praktischen Verkehr kleinste Maß nimmt, das Millimeter, und diese eine Millimeter eine Billionmal nebeneinanderlegt, würde ein Zug, bei einer Stunden-Geschwindigkeit von 80 Kilometern ungefähr 1,6 Jahre ununterbrochen fahren müssen, um diese Strecke zurückzulegen. Wenn ein Mensch imstande wäre, in einer Minute bis dreihundert zu zählen und dies ohne Unterbrechung täte, um bis zu einer Billion zu zählen, würde er 6000 Jahre brauchen, um diese Arbeit zu leisten. Wenn Adam also angefangen hätte, eine Billion, die wir heute fast als nichts achten, zu zählen, wäre er jetzt gerade damit fertig geworden. Wenn man eine Billion Markscheine aufstapelte, müßte man viermal sämtliche Häuser der Berliner Friedrichstraße von oben bis unten vollpacken, um diese Billion unterzubringen. Und mit einem solchen Riesenberg an Papier kann man heute nicht einmal ein Mittagbrot bezahlen!

Handel und Verkehr.

Kauf. Berliner Devisenkurs vom Donnerstag, 13. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar:	Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.
1 Goldmark:	Briefkurs Berlin 1002,5.
	Mittelkurs 1000,0.
Amsterdam	1596 G., 1604 Br.
Brüssel	191,52 G., 192,48 Br.
Christiania	628,425 G., 631,575 Br.
Kopenhagen	744,135 G., 747,875 Br.
Stockholm	1097,25 G., 1102,75 Br.
Statten	181,545 G., 182,455 Br.
London	18 254,25 G., 18 345,75 Br.
Paris	223,44 G., 224,56 Br.
Schweiz	730,17 G., 733,83 Br.
Spanien	548,625 G., 551,375 Br.
D-Devisenkurs	0,059 850 G., 0,060 150 Br.
Prag	123,89 G., 124,31 Br.
Buenos Aires	1336,65 G., 1343,35 Br.
Goldanleihe	4200. Dollarkurs 4200.

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (19. 12.) 1 Mill. Goldfranken 1 Kr. — 1000 Ma.
 Goldankaufspreis 1 Kilo — 640 Dollar.
 Silberankaufspreis 1 Silbermark — 400 Ma. Papierm.
 Lebenshaltungsinde (10. Dez.) 1929 Ma.-sach.
 Stuttgarter Indez (6. Dez.) 1193,6 Ma.-sach.
 Großhandelsindeg (11. Dez.) 1274,5 Ma.-sach.
 Buchdruckerlöhne (30. Nov.) 63 Ma.
 Lebensmittel (Großhandel 11. Dez.) 1125 Ma.-sach.
 Einfuhrwarenindex (11. Dez.) 1557 Ma.-sach.
 Inlandswarenindex (11. Dez.) 1218 Ma.-sach.
 Industriestoffe (11. Dez.) 1554 Ma.-sach.

*** Calw, 18. Dez. (Vieh- und Schweinemarkt.)** Der gestrige Viehmarkt, der übrigens nur wegen der Unmöglichkeit, ihn noch in letzter Stunde zu verbieten, trotz der im Zwienberg ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche abgehalten wurde, war von den Landwirten sehr gut besucht. Zugeliefert waren insgesamt 130 Stück Rindvieh. Darunter befanden sich 1 Färren, 17 Ochsen, 6 Stiere, 72 Kühe, 18 Kalbinnen und 18 Kinder. Bezahlt wurde für Ochsen 800—1100 Mk. pro Paar, für Kühe 250—450 Mk., Kalbinnen 250—330 Mk., Kinder 150—240 Mk. das Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 64 Käufer und 228 Milchschweine zugewandert. Bezahlt wurden für Käufer 80 bis 160 und für Milchschweine 20—40 Mk. pro Paar. Der Handel war auf dem Viehmarkt ganz flau, dagegen auf dem Schweinemarkt etwas lebhafter. Auf dem Pferdemarkt war nur ein Pferd zugewandert.

Post- und Telegramm-Sperre nach Oesterreich. Wegen des Ausstandes der Postangestellten in Oesterreich werden vorläufig Telegramme und Pakete nach Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen; doch ist ihre Weiterbeförderung zweifelhaft.

Börsenotizen im Januar 1924. Der Berliner Börsen-

vorstand hat beschlossen, daß im Januar täglich, mit Ausnahme der Sonntage, Börsen abgehalten werden soll. Die Devisenwerte werden bis auf weiteres in Reichsmark, und zwar in Millionen Prozent, die festverzinslichen Werte in Milliarden Prozent notiert.

Weizenpreis. Die Notierungen für Weizenmehl Spezial 0 sind weiter ermäßigt und lauten auf 7,25 Dollar. — Auf beiden Seiten verhält man sich abwartend; Geschäft daher inaktiv.

L.C. Stuttgarter Landesproduktendörse, 13. Dez. Es notierten pro 100 Kilo in G.M.: Weizen 19—20, Gerste 15—16,5, Roggen 16—17, Haber 13,5—14,5, Weizenmehl 31,5—33, Brotmehl 28,5—30, Kleie 7 bis 7,5, Weizenheu 7,5—8,5, Rlechen 9,5—10,5, Stroh 5.

Karlsruher Produktendörse, 12. Dez. Die rückläufige Bewegung am Getreide- und Viehmarkt hält an. Geschäfte können aber in nennenswertem Umfange nicht zustande kommen, weil im allgemeinen das Kapital fehlt. Preise in Goldmark: Weizen 20—21, Roggen 18 bis 19, Gerste 17,5—18,5, Haber 15,5—16,5, Weizenmehl Spez. 0 (Mühlensortierung) 31,5, zweitbändig 29—30,5, Roggenmehl 26,75—27,75, Kleie 8 bis 8,5, alles die 100 Kilo, Frachtparität Karlsruhe. Mehl ab Mühlenstation, Getreide ohne, Mühlenfabrikate mit Sead.

Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 13. Dez.: (In Goldmark oder Rentenmark): Weizen, märk. 105—168, lautlos, pomm. 161; Roggen, märk. 142, ruhig, pomm. 140—141; Sommergerste, märk. 150 bis 154, ruhig; Haber, märk. 122—124, fest, pomm. 117—119; Weizenmehl 25—29; Roggenmehl 24,5 bis 26,5, matt; Weizenkleie 7—7,25, fettig; Roggenkleie 6,75—7, matt; Raps 2,70—2,75; Viktoriaerbsen 51 bis 48; H. Speiseerbsen 30—28; Seradella 1920 16,5 bis 20; Pelusaten 15—18; blaue Lupinen 10—11; Rapsstuden 11,25—12,25; Trodenschnitzel 8; Kartoffelstuden 17,5—18.

Münchener Butter- und Käsebörsen, 12. Dez. Der Durchschnittspreis für Butter stellt sich nach den neuesten Berechnungen auf 1,85—1,95 Mk., grüner Weichkäse 33—35 Pfg., konsumreifer Weichkäse 45—50 Pfennig, Emmentaler Käse 1,20—1,40 Mk. Nachtraae

nach Butter nach wie vor gut. In Weich- und Rundkäse ist das Geschäft ruhig.

Auslandsbutter. Die außerordentlich hohen Butterpreise in Deutschland haben dazu geführt, daß jetzt wieder ausländische Butter auf die deutschen Märkte gebracht werden kann. Seit Einführung der Goldmarkrechnung sind größere Mengen dänische Molkereibutter auf den Hamburger Markt gebracht worden. Zurzeit schweben auch Verhandlungen, um die erheblich billigere sibirische Butter nach Deutschland einzuführen.

Vom Weinhandel. Im Kaiserstuhlgebiet ist das Angebot in Wein, wie auch in Kirchwasser jetzt ziemlich lebhaft geworden, während die Nachfrage sich sehr abschwächt, so daß zu den verlangten Preisen von 75 bis 80 G.M. für Weißweine und 120—150 G.M. für Rotweine, jeweils pro Ohm, kaum etwas gelaufen wird. Kirchwasser ging von 3,20 auf 2,60 G.M. zurück. — Auch auf der letzten Freiburger Weinbörse herrschte bei starkem Besuch ein lebhaftes Angebot größerer Mengen Weiß- und Rotweine, sowie Branntweine. Es wurden gefordert: Für Kaiserstuhl 22er kleine verbesserungsbefähigte Weine von 45 G.M. an, für 22er Kaiserer von 70 G.M. an und 22er von 58 G.M. an die 100 Liter. Die Angebote begegneten jedoch großer Zurückhaltung.

Stuttgart, 13. Dez. Auf dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag erfuhr die Preise eine weitere Abschwächung, bei Schweinefleisch sogar um 10 Prozent. Es waren zugewandert: 191 Ochsen, 15 Bullen, 194 Jungbullen, 190 Jungrinder, 206 Kühe 488 Kälber, 413 Schweine, 86 Schafe und 3 Ziegen, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: langsam. Ferde aus einem Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochsen erste Qualität 36—40, zweite 25—32, Bullen erste 31—35, zweite 24—30, Jungrinder erste 38 bis 41, zweite 31—35, dritte 24—28, Kühe erste 30—35, zweite 20—28, dritte 10—18, Kälber erste 51—54, zweite 46—50, dritte 37—44, Schweine erste 82—87, zweite 72—80, dritte 63—70, Hammel (geschl.) 60 bis 65, Schafe 45—55.

Druck und Verlag der B. Kieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baur.

Bekanntmachung

über die auf 18. Dezember ds. Js. fällige dritte Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe.

Angesichts des Einsties der Finanzlage des Reichs muß die Reichsregierung erwarten, daß jedermann seinen steuerlichen Verpflichtungen nachkommt, auch da, wo die Steuer ein Opfer erfordert. Der Erfolg der eingeleiteten Währungsmaßnahmen, die eingetretene Senkung der Preise, kann nur von Dauer sein, wenn das Reich noch im Monat Dezember schnell Mittel bekommt.

Es ist deshalb durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. Dezember 1923 bestimmt worden, daß der dritte Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe, der an sich erst am 5. Januar 1924 fällig gewesen wäre, bereits am 18. Dezember 1923 zu entrichten ist. Er beträgt für natürliche Personen, die erhöhte Vorauszahlungen zu entrichten haben, grundsätzlich 0,50 Goldmark für jede volle tausend Mark der Einkommensteuerschuld 1922. Wer also für 1922 nach einem Einkommen von 2 Millionen Mark veranlagt ist und davon 490 000 Mark Einkommensteuer zu zahlen hatte, hat am 18. Dezember 1923 an Rhein-Ruhr-Abgabe 245 Goldmark zu zahlen. Inwieweit der Einkommensteuerveranlagung 1922 ein Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde liegt, beträgt der dritte Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe das Vierfache, also 2 Goldmark für jede volle tausend Mark der Jahressteuerschuld 1922. Wer mithin einen Abschluß vom 30. Juni 1922 zugrunde gelegt hat und nach einem Einkommen von 400 000 Mark, demgemäß nach einer Steuer von 40 000 Mark veranlagt ist, hat 80 Goldmark zu zahlen. Personen, deren Einkommen im Jahre 1922 zu mehr als 50 v. H. aus freien Berufen oder aus Arbeitslohn bestanden hat, unterliegen der Rhein-Ruhr-Abgabe nur dann, wenn ihr Einkommen 1922 mehr als eine Million Mark betragen hat.

Bei Erbvertragsverhältnissen, (Kleingewerkschaften, Gesellschaften m. b. H.), die in der Zeit vom 31. Oktober bis 31. Dezember 1922 ihr Geschäftsjahr abgeschlossen haben, beträgt der dritte Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe 0,75 Goldmark für jede volle tausend Mark der Körperschaftsteuerjahreschuld 1922 bzw. 1921/1922. Bei denjenigen Gesellschaften, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1922 abgeschlossen haben, sind es 1,50 Goldmark und bei denjenigen Gesellschaften, die vor dem 1. April 1922 abgeschlossen haben, 3 Goldmark auf jede volle tausend Mark der Körperschaftsteuerjahreschuld für das Geschäftsjahr 1921/1922.

Da die Einkommensteuerbescheide für 1922 nun dem Steuerpflichtigen zugewandert sind, ist nach Vorliegendem jedermann in der Lage, den ihm treffenden 3. Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe selbst zu berechnen. Die Steuer wird nicht erhoben, wenn sie weniger als 7 Goldmark betragen würde.

Die Zahlung hat nach dem am Zahlungstage geltenden Goldumrechnungssatz für Reichssteuer zu erfolgen. Der die Zahlung vor dem 18. Dezember entrichtet, zahlt nach dem Goldumrechnungssatz des Zahlungstages. Es ist gestattet, daß am 19., 20. und 21. Dezember die Rhein-Ruhr-Abgabe noch zu dem Goldumrechnungssatz vom 18. Dezember geleistet werden kann.

Der Einzug erfolgt durch die örtlichen Einzugstellen und es kann die Bezahlung dorthin erfolgen.

Altensteig, den 18. Dezember 1923.

Finanzamt: Regierungsrat: D u b e r i c h.

Inserate haben in unserer Schwarzweissen Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Nachzahlung auf Umsatzsteuer und Pressenotabgabe vom November 1923.

Infolge der im November 1923 noch weiterhin erfolgten Entwertung der Papiermark hat die Reichsfinanzverwaltung in § 2 der Steuer-Rotverordnung vom 7. Dezember 1923 angeordnet, daß zu der für November geleisteten (oder noch zu leistenden) Abschlagszahlung auf Umsatzsteuer und Pressenotabgabe eine Nachzahlung zu leisten ist, die im allgemeinen dem auf 30. November 1923 bereits verfallenen Steuerbetrag entspricht.

Die Nachzahlung erweist sich dadurch, daß an Stelle des für 30. November 1923 bisher geltenden Goldumrechnungssatzes von 1 Billion Mark für 1 Solomark ein solcher von 560 Milliarden Mark gesetzt wurde.

Denjenigen Steuerpflichtigen, die bisher allmählich Abschlagszahlungen zu leisten hatten, werden nun aufgefordert, für den Monat November eine „ergänzende Voranmeldung“ bis spätestens 18. Dezember 1923 abzugeben, aus welcher ersichtlich ist:

1. Der in der urp. ursprünglichen Voranmeldung für November angegebene Umsatz.
2. Zeitpunkt und Betrag der Zahlung der hierauf entfallenden Steuer.
3. Zeitpunkt und Betrag der neuerdings geleisteten Nachzahlung.

Diese ergänzende Voranmeldung hat den Vermerk zu enthalten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Erfolgt die Nachzahlung und Abgabe der ergänzenden Voranmeldung nach dem 18. Dezember 1923, so sind für Verpätung erhebliche Zuschläge vorgesehen. Dieselben Nachzahlungen und ergänzenden Voranmeldungen haben auch bezüglich der Holzverkäufe im November für die Pressenotabgabe zu erfolgen.

Eine ähnliche Regelung ist für die Umsätze im Dezember wie auch für diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Umsatzsteuer für das 4. Kalendervierteljahr 1923 bis 7. Januar 1924 zu bezahlen haben, vorgesehen.

Denjenigen größeren gewerblichen Betrieben, die bereits für den ganzen Monat November ihre Bücher auf rein wertbeständiger Grundlage geführt haben, werden aufgefordert, dies alsbald dem Finanzamt durch besonderes Schreiben mitzuteilen.

Die örtlichen Einzugstellen sind angewiesen, die verspätet, also nach dem 18. Dezember bei ihnen eingehenden ergänzenden Voranmeldungen und Nachzahlungen nicht mehr anzunehmen. Solche sind unmittelbar dem Finanzamt zuzuleiten.

Den örtlichen Einzugstellen werden vom Finanzamt Vordrucke für die ergänzenden Voranmeldungen zugehen. Die in Altensteig wohnhaften Steuerpflichtigen haben diese Vordrucke beim Finanzamt selbst abzuholen.

Altensteig, den 13. Dez. 1923.

Finanzamt: Regierungsrat: D u b e r i c h.

Simmerdsfeld.
 Verkauf ein Paar
**Säuer-
 Schweine**
 sowie einen einzelnen stärkeren
Läufer.
 Schwab b. d. Sonne.

Einen schönen
**Zucht-
 farren**
 (Rohschaf) zu verkaufen.
 Kaufe auch gegen ein
 anderes Stück Vieh.
 Wer? sagt d. Geschäftsj. b. B.

Altensteig.
Morgen Samstag

 mit gutem Stoff,
 woju feuernd einladet
Albert Luz.

Altensteig.

**Rieler
 Bücklinge**
 sind eingetroffen bei
Chr. Burghard jr.
 Rotenbach-Weil a. G.: Rt.
 Holzer, F. b. d. Direktor, 713.

Altensteig.
Regelb.
Löwen-Sichtspiele
 Samstag Abend 8.15 Uhr
 Sonntag 2.30 u. 4.30 u. 8.15 Uhr.
 Der
Zirkuskönig 2. Teil
 Der Raffentrab in 6 Akten.
 Hauptdarsteller:
Edie Polle.
 1. Teil wird tags verfilmt
 Lustspiel:
**Was hat er denn
 der Keel?**
 Montag abend 8.15 Uhr
 neues Programm.

Altensteig.
Verloren
 ging von der Astenstraße bis
 zum „Keller“ ein schwarz-
 feidener Schal. Der Fin-
 der wird gebeten, denselben
 gegen Belohnung abzugeben
 in der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Bestellungen auf Bücher
 für den Weihnachtstisch**
 erbitten wir uns rechtzeitig
 zu machen.
**W. Kieker'sche Buch-
 handlung: Altensteig.**

Dankfagung.
 Für die viele Liebe und wohlwollende
 Teilnahme, welche mir während der
 langen Krankheit und dem Hinscheiden
 unserer lieben unvergesslichen Mutter
Berionika Weik geb. Wacker
 erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn
 Stadtpfarrers, für den erhebenden Gesang, sowie
 für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhe-
 stätte sagen herzlichsten Dank
 die trauernden Hinterbliebenen.